

Weichenstellung für den Umschwung

Seite 4-5

Konstruktive, aber klare Opposition

Seite 3

Kein Einstieg in die Einheitsschule

Seite 7

Neumitgliederkongress

Seite 9

liberal.nrw

liberal.nrw | Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen 3|2010



Joachim Stamp,
Generalsekretär der FDP-NRW

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

nach einem schwierigen ersten Regierungsjahr in Berlin weht uns ein kräftiger Wind ins Gesicht. Nach den grandiosen Erfolgen 2009 müssen wir jetzt auf allen Ebenen dafür kämpfen, verlorengegangenes Vertrauen zurückzuerobern.

Ich bin fest davon überzeugt, dass uns dies gelingen wird. Wir haben in Nordrhein-Westfalen in fünf Regionalkonferenzen einen intensiven Dialog zwischen Parteiführung und Funktionsträgern der Orts- und Kreisverbände geführt. Viele Anregungen werden wir für unsere Arbeit in der Landespartei nutzen. Wir wollen eine lebendige, diskussionsfreudige Partei, die intern um die besten Lösungen streitet und nach außen geschlossen auftritt. Bereits der Landeshauptausschuss am 20. November 2010, also unser „kleiner Parteitag“, wird sich intensiv mit wichtigen Themen beschäftigen. Auch unseren Landesparteitag im Frühjahr des nächsten Jahres werden wir für intensive Programmberatung nutzen.

Gerne hätten wir unsere erfolgreiche Regierungsarbeit in NRW fortgesetzt. Dies ist nach dem Ergebnis der Landtagswahl leider nicht möglich. Den Absturz der CDU konnten wir trotz leichter Zugewinne nicht kompensieren. Umso wichtiger ist es nun, mit einer konstruktiven, aber glasklaren Oppositionsarbeit unsere liberalen Alternativen zur rot-grünen Minderheitsregierung herauszustellen. Wir werden es nicht kampfflos hinnehmen, wenn Nordrhein-Westfalen in unverantwortlicher Weise überschuldet, die Bürokratie nicht ab-, sondern ausgebaut und die Vielfalt unserer Schulen bedroht wird.

Wir werden zudem eigene Themen setzen. In der Integrationspolitik erwarten die Bürgerinnen und Bürger vernünftige Antworten. Auch die Gestaltung der kommunalen Finanzen ist eine wichtige Herausforderung.

Deutschland und Nordrhein-Westfalen brauchen die Liberalen – als Kraft der Freiheit und als Kraft der Vernunft. Lassen Sie uns alle dazu beitragen, mit leidenschaftlicher und sachorientierter Politik wieder in die Offensive zu kommen.

Herzlichst
Ihr

Joachim Stamp

Meldungen aus der NRW-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Daniel Bahr:

Mit der jetzt vom Bundeskabinett beschlossenen Gesundheitsreform schaffen wir den Einstieg in ein neues System: Wir geben den Krankenkassen ihre Beitragsautonomie zurück. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge mit Sozialausgleich sorgen endlich für mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Wettbewerb. Künftig wird nicht mehr jede Ausgabensteigerung den Arbeitsmarkt belasten. Die Versicherten können künftig in Euro und Cent vergleichen, was ihre Krankenkasse kostet und was sie dafür leistet. Geringverdiener erhalten einen Sozialausgleich, der von allen – Privatpersonen und Unternehmen – übers Steuersystem finanziert wird. *Daniel Bahr ist parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit und Mitglied des Deutschen Bundestags.*



Michael Kauch:

FDP und Union haben ein Energiekonzept für den Weg in das Zeitalter erneuerbarer Energien vorgelegt. Der Energie- und Klimafonds ist das größte Förderprogramm aller Zeiten für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. In ihn fließen alle Mehrerlöse aus CO₂-Emissionsrechten und Kernkraft-Gewinnen. Die Kernkraft wird als Brückentechnologie länger genutzt. Gleichzeitig bleibt der unbegrenzte Einspeisevorrang für erneuerbare Energien erhalten. So wird eine Konkurrenz zwischen Kernkraft und erneuerbaren Energien ausgeschlossen. *Michael Kauch ist umweltpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.*



Gisela Piltz:

Am 27. September fand ein Gespräch zwischen innen- und rechtspolitischen Vertretern der Koalitionsfraktionen, der Bundesjustizministerin und dem Bundesinnenminister statt. Dort wurde klargestellt, dass keine schärferen Sicherheitsgesetze geplant sind. Die FDP machte deutlich, dass es keine Rückkehr zu einer Innenpolitik zu Lasten der Grundrechte geben wird. Die eingeleitete Trendwende, die auch im Koalitionsvertrag ihre Grundlage findet, statt auf Gesetzesverschärfungen eher auf die Beseitigung von Vollzugsdefiziten zu setzen, wird fortgesetzt. *Gisela Piltz ist stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion.*



Johannes Vogel:

Die FDP-Bundestagsfraktion will Hartz IV im Sinne eines liberalen Bürgergeldes umfassend neu gestalten. Die Neuberechnung der Regelsätze ist dabei nur der erste Teil. Darüber hinaus sollen endlich Bildungschancen für die betroffenen Kinder gewährleistet und die Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger verbessert werden. Gerade Letzteres halten wir unverzichtbar, denn: Liberale wollen nicht nur eine faire Grundsicherung, sondern auch bessere Perspektiven für die Menschen, damit sie aus der finanziellen Bedürftigkeit herausfinden. *Johannes Vogel ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.*

Die aktuellsten Meldungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie im Internet unter: www.fdp-fraktion.de

Konstruktive, aber klare Opposition

Als konstruktive, aber klare Opposition hat die FDP-Fraktion ihre Arbeit im Parlament nach der Landtagswahl aufgenommen. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke über die Arbeit der FDP im Landtag seit dem Amtsantritt der rot-grünen Minderheitsregierung:



Gerhard Papke,
Vorsitzender der FDP-Fraktion im
Landtag Nordrhein-Westfalen

„Die neue Landesregierung hat umgehend mit der Rückabwicklung wesentlicher liberaler Reformen begonnen. So werden die sozialverträglichen Studienbeiträge ebenso abgeschafft wie die Kopfnote für Schüler. Die liberalen Ladenöffnungszeiten sollen wieder eingeschränkt und die Entbürokratisierungspolitik von Innenminister Ingo Wolf ins Gegenteil verkehrt werden: Die Aufblähung der Umweltbürokratie ist bereits in vollem Gange. Wassersteuer und Jagdsteuer sollen wieder eingeführt werden, hinzu kommen eine Bettensteuer und eine Kiesabgabe. Mit ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule will Rot-Grün den Einstieg in die Einheitsschule zu Lasten von Realschulen und Gymnasien durchsetzen.“

Die rot-grüne Landesregierung will unsere Politik für marktwirtschaftliche Erneuerung, Leistungsorientierung und Schulvielfalt in Richtung bürokratische Staatswirtschaft und Einheitsbildung verändern. Dafür steht die FDP-Landtagsfraktion nicht zur Verfügung.

Gleich als Erstes haben SPD und Grüne die marktwirtschaftliche Reform der Gemeindeordnung ins Visier genommen. Mit dieser Novelle hatte die Koalition aus FDP und CDU dem Mittelstand in Nordrhein-West-

falen endlich wieder faire Wettbewerbschancen verschafft. Nach dem Willen von SPD und Grünen können kommunale Staatsbetriebe unserem Handwerk jedoch künftig wieder mit quersubventionierten Dumpingpreisen die Aufträge wegnehmen. Das Ziel ist klar: Rot-Grün will unser erfolgreiches ordnungspolitisches Prinzip ‚Privat vor Staat‘ in das Motto ‚Staat vor Privat‘ verkehren.

Die Ankündigung von SPD und Grünen für eine ‚Koalition der Einladung‘ hat sich schnell als reines Ablenkungsmanöver entpuppt. Denn entgegen allen Beteuerungen vor der Wahl regiert Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen längst mit Unterstützung der Linkspartei, die wegen ihrer Vorbehalte gegen unsere freiheitliche Ordnung vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Ohne Duldung durch die Linkspartei wäre die Ministerpräsidentin nicht ins Amt gekommen. Ohne Duldung durch die Linkspartei würde kein einziges Gesetz von Rot-Grün im Landtag verabschiedet. Hinter den Kulissen werden schon seit Wochen die Gesetzentwürfe der Landesregierung mit der Linkspartei abgestimmt. Das gilt auch für den Nachtragset, mit dem die Landesregierung die Neuverschuldung um 35 Prozent auf 8,9 Milliarden Euro erhöhen will. Die Not-

wendigkeit von Einsparungen im Landeshaushalt wird von der Linkspartei komplett ausgeblendet. Während es unserer schwarz-gelben Koalition nach zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft gelungen war, die Weichen in NRW Richtung Konsolidierung zu stellen, nimmt Rot-Grün hemmungslos neue Schulden auf. Das ist eine verantwortungslose Politik zu Lasten der nachfolgenden Generationen.

Verantwortungslos handelt die Regierung auch mit Blick auf den Industriestandort NRW. Das weltweit modernste Steinkohlekraftwerk in Datteln droht zur 800-Millionen-Euro-Investitionsruine zu verkommen, weil es die Grünen gezielt torpedieren. Die SPD schaut tatenlos zu. Dabei steht die Landesregierung klar in der Verantwortung, das Kraftwerksprojekt in Datteln zu einem guten Ende zu bringen. Sonst wird die Industrie bei Investitionen künftig einen großen Bogen um Nordrhein-Westfalen machen.

Schon wenige Wochen nach Amtsantritt droht NRW unter Rot-Grün wieder zum Land der Bremser und Blockierer zu werden. Die FDP-Fraktion wird eine derart industrie- und wirtschaftsfeindliche Politik nicht unterstützen, sondern im Landtag weiterhin klare liberale Akzente dagegensetzen.“

Rot-Grün gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes



Andreas Pinkwart,
FDP-Landesvorsitzender NRW und
stellv. FDP-Bundesvorsitzender

Bereits nach wenigen Wochen zeigt die rot-grüne Minderheitsregierung ihr wahres Gesicht: Die vorgebliche Koalition der Einladung hat sich längst als eine ausschließlich an der Durchsetzung ihrer Parteiinteressen ausgerichtete Regierung entzaubert, die in allen schwierigen Situationen auf die Linken als Hilfsmotor zählen kann. Für die FDP ist klar: Wir arbeiten als ebenso kritische wie auch konstruktive Opposition im Sinne des Landes. Wir werden nichts unversucht lassen, um die Menschen vor falschen Weichenstellungen bei Schule, Hochschule und Infrastruktur zu bewahren, ohne uns dabei selbst zu verbiegen. Dies setzt eine harte und engagierte Arbeit im engen Zusammenwirken von Partei, Fraktion und der kommunalen Ebene voraus. Wir zeigen in den wichtigen Zukunftsfeldern gangbare Pfade der Vernunft

FDP-NRW stellt Weichen für konstruktive Opposition und einen Stimmungsumschwung bei den Bürgerinnen und Bürgern

auf, stellen uns aber ebenso entschieden gegen eine rein ideologisch getriebene Machterhaltungspolitik.

In der Bildungspolitik hat die Regierung bereits bewiesen, dass ihr weder an einem Schulfrieden noch an einer Stärkung des Parlaments ernsthaft gelegen ist. Die Abschaffung der sozialverträglichen Studienbeiträge auf Pump verschlechtert die Lehrqualität an den Hochschulen und schwächt NRW als Bildungsland. Die gleiche Gefahr droht den Schulen. **Statt eines Schulkompromisses mit der FDP wird die Regierung offenkundig mit den Linken die Einheitsschule bis Klasse 10 einführen – egal um welchen Preis, egal auf welchem Weg.** Wenn Rot-Grün gemeinsam mit der Linkspartei die Axt an die Gymnasien anlegt, trifft das auf unseren härtesten Widerstand. Wir lassen nicht zu,

dass die beliebteste Schulform des Landes über den Kopf von Lehrern, Eltern und Schülern hinweg abgeschafft wird! Für uns gilt das Prinzip, die Talente und Begabungen aller Kinder möglichst individuell zu fördern.

Auch der kurzsichtige Umgang der Regierung mit den Haushaltsmitteln wird von uns massiv bekämpft. Es besorgt mich, wie fahrlässig die neue Regierung mitten im stärksten Aufschwung seit langer Zeit den Schuldenhahn noch weiter aufdreht als noch in der Krise geplant. Es ist geradezu aberwitzig, in Zeiten eines wirtschaftlichen Booms die Neuverschuldung um weitere 2,3 Milliarden zu erhöhen. Die Bundesregierung nutzt den Aufschwung zur Konsolidierung und senkt die Neuverschuldung um mehr als ein Viertel. In Bayern schafft Schwarz-Gelb dank der guten Konjunktur sogar einen schuldenfreien Haushalt –

trotz ähnlicher Belastungen durch eine marode Landesbank. **In NRW indes erhöht die rot-grüne Regierung die Neuverschuldung um sagenhafte 35 Prozent. Eine solche Politik raubt die Handlungsspielräume von morgen.** Denn die Schulden von heute sind die geschlossenen Schwimmbäder und schlecht ausgestatteten Schulen von morgen. Hält die Regierung an diesem Kurs fest, werden wir das Landesverfassungsgericht in Münster anrufen.

Mehr Rückschritt als Fortschritt droht dem Land auch auf dem wichtigen Feld der Integrationspolitik. **Anders als für die Vorgängerregierung hat dieses Feld den Kabinettstrang verloren.** Dabei gibt es in NRW gerade hier noch viel zu tun. Unter der Leitung des Generalsekretärs

Joachim Stamp wird sich die FDP dieser aktuellen Herausforderung umfassend stellen. Das von einer Arbeitsgruppe unter seinem Vorsitz erarbeitete Konzept soll im Herbst auf einem kleinen Landesparteitag diskutiert werden.

Die FDP-NRW schaut auch in den anderen Politikbereichen engagiert nach vorn. Im September und Oktober haben wir fünf Regionalkonferenzen veranstaltet, um den Dialog mit Parteibasis und kommunalen Mandatsträgern zu intensivieren. Die Veranstaltungen in Dülmen, Essen, Rheda-Wiedenbrück, Unna und Bergheim waren gut besucht und ermöglichen einen sowohl in der Rückschau wie in der Zukunftsbildung sehr offenen und fruchtbaren Austausch. Ich bedanke mich bei allen, die sich bei den Konferenzen eingebracht haben. **Auch wenn es schon bessere Stimmungen für die Liberalen gab, sehe ich die Talsohle für uns durchschritten.** Neben

notwendiger Selbstkritik sollten wir nicht versäumen, auch auf die Erfolge unserer Politik – nicht zuletzt auch im Bund – gelegentlich aufmerksam zu machen: Die Beseitigung der Wachstumsbremsen beim Mittelstand sowie die Stärkung der Familien mit Kindern haben ihre positive Wirkung auf Wachstum und Arbeit ebenso wenig verfehlt, wie es das neue Energiekonzept tun wird. Dieses hilft, dass Energie auch künftig umweltfreundlich, sicher und bezahlbar bereitzustellen ist. Ein großer Erfolg, gerade auch für die FDP-NRW, ist auch die zwischenzeitlich erfolgte Einführung des nationalen Stipendienprogramms. Und auch die Aussetzung der Wehrpflicht ist ein originärer Programmpunkt und ein eingelöstes Wahlversprechen der FDP. Es muss jetzt einfach gut regiert und weiter erfolgreich umgesetzt werden, so auch bei der Steuervereinfachung und beim Bürokratieabbau, dann geht es auch in der Wählergunst wieder aufwärts. Ihre Anregungen sind uns dabei herzlich willkommen!

„Ängste der Menschen ernst nehmen“



Interview mit FDP-NRW-Generalsekretär Joachim Stamp zu Sarrazin und der Notwendigkeit einer differenzierten Integrationsdebatte

Die FDP in NRW will sich intensiv mit dem Thema Integration beschäftigen. Ein neues Thema für die Liberalen?

J. Stamp: Nein. Wir haben bereits im vergangenen Jahr ein ausführliches Papier vorgelegt, das auch in einigen Kreisverbänden diskutiert wurde. Allerdings macht die aktuelle Debatte eine noch intensivere Auseinandersetzung notwendig. Die führen wir.

Hat Thilo Sarrazin denn mit seinem umstrittenen Buch Recht?

J. Stamp: Sarrazin hat Recht, dass es erhebliche Defizite in der Integration in Deutschland, gerade in den Großstädten, gibt. Seine biologistischen Erklärungsmuster sind jedoch überwiegend wissenschaftlich nicht haltbar und führen die Diskussion in eine gefährliche Richtung. Es beschädigt die notwendige Auseinandersetzung, wenn pauschal Bevölkerungsteile als „dümmer“ bezeichnet werden und dies auch noch genetisch begründet wird. Dafür ist er mit Recht hart kritisiert worden. Allerdings ist für viele – die meisten haben das Buch ja nicht gelesen – der Eindruck entstanden, dass endlich jemand unbequeme Wahrheiten ausspricht und dafür gemäßigter wird. Wir müssen die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen und uns differenziert mit den tatsächlichen Problemen auseinandersetzen.

Wie soll das geschehen?

J. Stamp: Wir dürfen das Prinzip „Fördern und Fordern“ nicht nur in Sonntagsreden verwenden, sondern müssen es in der Praxis anwenden. Es gibt eine Bringschuld, Integrationshilfen anzubieten, und eine Holschuld, diese auch anzunehmen.

Wer sich nicht integriert, wird bestraft?

J. Stamp: Wir können von jedem, der dauerhaft in Deutschland lebt, verlangen, unsere Gesetze und die tragenden Werte unserer Gesellschaft anzuerkennen. Die weitaus größte Menge der Zugewanderten tut dies auch. Wir dürfen auch nicht den Fehler begehen, aufgrund der gravierenden Probleme im Integrationsbereich Zuwanderer insgesamt als Belastung zu sehen. Das Zusammenwachsen von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung wird nie spannungsfrei sein. Das haben wir selbst im Prozess der Wiedervereinigung unter Deutschen erlebt.

Braucht Deutschland weitere Zuwanderung?

J. Stamp: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, brauchen wir eine geordnete Zuwanderung. Dies setzt auch eine Willkommenskultur voraus. Denn wenn wir ehrlich sind, gibt es Integrationsverweigerer nicht nur bei den Migranten, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft. Beide Gruppen deutlich zu verkleinern ist Aufgabe liberaler Integrationspolitik.

Neue Abgeordnete setzen Akzente

Kai Abruszat



Kai Abruszat

Sprecher für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses

Marcel Hafke



Marcel Hafke

Sprecher für Generationen, Kinder, Jugend und Familie sowie Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Seit gut vier Monaten haben Kai Abruszat und Marcel Hafke einen neuen Arbeitsplatz – den Landtag Nordrhein-Westfalen. Nach der Wahl sind sie für die FDP erstmals als Abgeordnete in den Landtag eingezogen. Während Abgeordnetenkollegen anderer Fraktionen vielfach noch auf ihren ersten Rede-Einsatz im Landtag warten, haben die beiden Liberalen mit ihren Jungfernreden schon in den ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode Akzente gesetzt.

226 Kilometer trennen das Wahlkreisbüro von Kai Abruszat und sein Abgeordnetenbüro in der Landeshauptstadt. Der ehemalige Erste Beigeordnete der Stadt Porta Westfalica hat die weiteste Anreise der liberalen Abgeordneten. Ob mit der Deutschen Bahn oder dem eigenen, erdgasbetriebenen Wagen, Abruszat nutzt die Zeit für Telefonate und „Büroarbeiten“. Den letzten Schliff einer Rede oder den nächsten Termin für ein Verbandsgespräch bereitet er nicht selten zwischen Rhein und Weser vor. Die Themen, für die er in der Fraktion Verantwortung übernommen hat, sind dabei vielfältig. Denn der Ostwestfale ist nicht nur Sprecher für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags sowie Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik.

In seiner Jungfernrede zum Thema Kommunalfinanzen prangerte Abruszat die Schuldenpolitik der rot-grünen Regierung an: „Schulden mit neuen Schulden zu finanzieren ist nicht nachhaltig. Kredite mit neuen Krediten zu bedienen ist nicht generationengerecht.“ In der Umweltpolitik setzt der 41-Jährige die liberalen Ansätze der letzten Legislaturperioden fort. So beriet der Landtag auf Antrag der FDP über die Auswirkungen der von den Grünen geforderten Einführung einer flächendeckenden Umweltzone Ruhr. „Eine flächendeckende Umweltzone wäre existenzgefährdend für die Handwerksbetriebe und treibt die Kosten für die Verbraucher in die Höhe.“

Propos Kosten: 128 neue Stellen in der Umweltverwaltung schafft Rot-Grün mit dem Nachtragshaushalt. Diese kostspieligen Pläne des Umweltministers hat die FDP ebenfalls zum Thema im Landtag gemacht. „Kaum im Amt, bläht Rot-Grün die Umweltbürokratie im Land hemmungslos auf“, kritisiert Abruszat. Rund 6 Millionen Euro jährlich kostet die neue Umweltbürokratie den Steuerzahler, hat der Jurist ausgerechnet.

Kleine Hürden bei der Aufnahme seines Mandats musste Marcel Hafke zunächst überwinden. Selbst der Zugang zum Landtag wurde ihm kurz nach der Wahl noch verwehrt und ließ sich nur über das Büro des Fraktionsvorsitzenden regeln. Aber mit der für Liberale typischen Eigeninitiative meisterte er diese Startschwierigkeiten locker. Bürostuhl und PC-Ausstattung sind mittlerweile vorhanden, und der Einlass ins Hohe Haus – vorbei an den freundlichen Damen und Herren des Empfangs – klappt problemlos. Inhaltlich konnte der Wuppertaler als Sprecher für Generationen, Kinder, Jugend und Familie sowie Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie dagegen gleich durchstarten.

In seiner ersten Rede im Plenum zum Thema Studienbeiträge sparte der 28-Jährige nicht mit Kritik an der Minderheitsregierung. „Rot-Grün plant die schuldenfinanzierte Abschaffung von Studienbeiträgen zu Lasten verlässlicher und guter Studienbedingungen. FDP und CDU haben in NRW die sozialverträglichste Regelung von Studienbeiträgen in ganz Deutschland eingeführt“, hielt er SPD und Grünen im Landtag vor. Mittlerweile hat Hafke für die FDP-Fraktion ein Konzept zur Fortentwicklung des Studienbeitragsmodells erarbeitet. Um die Belastungen für die Studierenden weiter zu minimieren, soll die Rückzahlung des Darlehens künftig nachgelagert, zinsfrei und einkommensabhängig erfolgen. Hafke hat es sich zudem zum Ziel gesetzt, Kinder und Jugendliche an politischen Prozessen und Entscheidungen besser zu beteiligen. Ein entsprechender Antrag von Hafke wird aktuell im zuständigen Ausschuss beraten und trifft auf breite Zustimmung bei den anderen Fraktionen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Unterstützungsstruktur der Jugendbeteiligung auf den Weg zu bringen. Außerdem soll der Landtag künftig bei Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen, den Kinder- und Jugendrat NRW um Stellungnahmen bitten.

FDP lehnt den Einstieg in die Einheitsschule ab

In wachswenigen Formulierungen hat die rot-grüne Landesregierung ihre Pläne zur Schulpolitik in den vergangenen Wochen und Monaten verpackt. An ihrem eigentlichen Ziel, in Nordrhein-Westfalen die Einheitsschule einzuführen, hat sich jedoch nichts geändert. Mindestens 30 Prozent der weiterführenden Schulen in NRW sollen bis spätestens 2015 umgewandelt sein. Auch Realschulen und Gymnasien sollen dazu aufgelöst werden und in der sogenannten „Gemeinschaftsschule“ aufgehen.

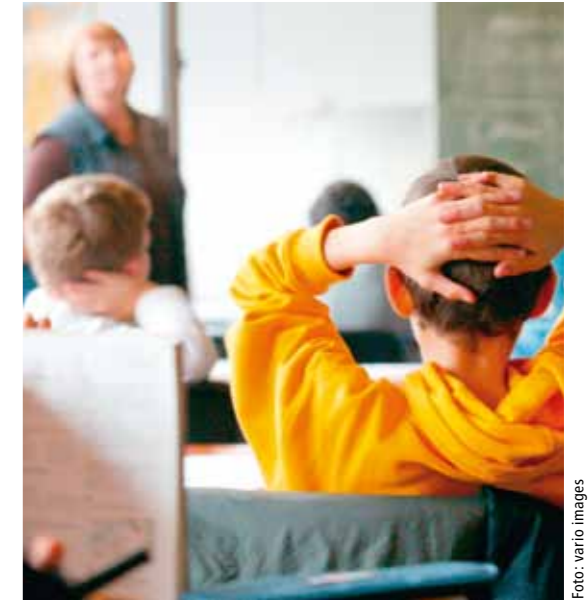


Foto: vario images

Die Pläne von Rot-Grün sind der Einstieg in die Einheitsschule in Nordrhein-Westfalen.“ Ingrid Pieper-von Heiden, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, hat die rot-grünen Eckpunkte zur Schulpolitik genau unter die Lupe genommen. Von den vermeintlich freundlichen Worten der Schulministerin bleibt danach nicht viel übrig. „Die FDP will die Schulvielfalt erhalten. Wir wollen nicht, dass gut funktionierende Haupt- und Realschulen oder Gymnasien gegen den Willen der betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer in eine Einheitsschule umgewandelt werden.“ Doch genau das plant Rot-Grün. „Die Schulkonferenz erhält kein Vetorecht, um sich gegen die Auflösung ihrer Schule zur Wehr zu setzen“, erklärt die FDP-Bildungsexpertin. Letztlich kann der Schulträger (zumeist die Kommune) die Entscheidung treffen, auch dann, wenn die Schulkonferenz sich eindeutig gegen die Auflösung der Schule ausgesprochen hat. Mittlerweile musste die Schulministerin öffentlich einräumen, dass die rot-grüne „Gemeinschaftsschule“ den Bestand von Realschulen und Gymnasien massiv in Frage stellt. „Die ‚Gemeinschaftsschule‘ ist darauf angelegt, alle anderen Schulformen miteinander zu verschmelzen. Das ist das langfristige Ziel von Rot-Grün“, stellt Pieper-von Heiden klar.

Aus den Eckpunkten der Regierung geht zudem eindeutig hervor, dass die „Gemeinschaftsschule“ gegenüber allen anderen Schulen neben einem automatischen Ganztags auch in der personellen und finanziellen Ausstattung erheblich bevorzugt wird.

Ingrid Pieper-von Heiden befürchtet aber vor allem einen massiven Qualitätsverlust der Schulausbildung der Kinder. „Jeder muss wissen, was sich hinter dem Konzept der ‚Gemeinschaftsschule‘ in Wahrheit verbirgt. Es sieht die Vollintegration aller Bildungsgänge vor.“ Das bedeutet: In „Gemeinschaftsschulen“ wird in den Klassen 5 und 6 zwingend ohne Differenzierung unterrichtet; angestrebt ist, diesen integrierten Unterricht sogar bis zur zehnten Klasse durchzuführen. „Kinder von Haupt- und Realschulen, Gymnasien und Förderschulen sollen undifferenziert in einer Klasse unterrichtet werden. Individuelle Förderung ist damit künftig nicht mehr möglich. Die schwächsten Schüler werden nicht ausreichend gefördert, die stärksten nicht ausreichend gefordert“, sorgt sich Pieper-von Heiden.

Als Farce wertet der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Ralf Witzel, dass die Schulministerin nur wenige Tage vor der Bildungskonferenz der Landesregierung über die Presse bereits Fakten geschaffen hatte. „Der Bildungsgipfel war lediglich eine Alibiveranstaltung. Die Minderheitsregierung ist nicht an einem ernsthaften Dialog interessiert. Sie hat sich längst auf den Einstieg in die Einheitsschule festgelegt“, sagt Witzel. Inakzeptabel ist aus Sicht der FDP, dass die Regierung das Parlament nicht an der gravierenden Veränderung der Schullandschaft im Landtag beteiligt. Unter dem Vorwand, einen „Modellversuch“ zu starten, will Rot-Grün die eigentlich notwendigen Änderungen des

Schulgesetzes vom Parlament nicht einmal beraten lassen. „Die FDP wird nicht hinnehmen, dass die Landesregierung klammheimlich die Weichen Richtung Einheitsschule stellt und die Qualität des begabungsgerechten Schulwesens in Nordrhein-Westfalen unwiederbringlich ruiniert“, stellt Witzel klar. Für die nächste Sitzung des Landtags im November hat die FDP-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, ihre Schulpläne endlich in einer Regierungserklärung vor dem Landtag umfassend darzulegen.

Der Versuch, am Parlament vorbei Tatsachen zu schaffen, scheint bei Rot-Grün gang und gäbe zu werden. Denn auch das Vorhaben, einigen Schulen eine Rückkehr vom acht- zum neunjährigen Abitur zu ermöglichen, erfolgt als sogenannter „Schulversuch“ am Parlament vorbei. „Obwohl natürlich nicht erforscht werden muss, wie ein neunjähriges Gymnasium funktioniert“, betont Witzel. Die Pläne führen nach Ansicht der FDP zu heillosem Chaos an den Schulen.

Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion



Ingrid Pieper-von Heiden, Sprecherin für Bildungspolitik der FDP-Landtagsfraktion



„Meilensteine“ zum Wiederaufbau der Kommunal Finanzen

Horst Engel, Sprecher für Kommunalpolitik der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



Solide Finanzpolitik und Hilfe zur Selbsthilfe – das ist die Basis eines Konzepts der FDP-Fraktion zum Wiederaufbau der Kommunal Finanzen in NRW.

Viele Städte und Gemeinden sind insbesondere infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise so hoch verschuldet, dass sie Pflichtaufgaben zur Daseinsvorsorge nur noch über Inanspruchnahme neuer Kredite zu Lasten nachfolgender Generationen leisten können. Während die FDP den Kommunen durch ein Sparanreizsystem beim nachhaltigen Schuldenabbau helfen will, setzt die rot-grüne Regierung auf die Aufnahme neuer Schulden, um den klammen Kommunen Geld zukommen zu lassen. Allein für den Nachtragshaushalt 2010 sind dafür zusätzliche Schulden in Höhe von 300 Millionen Euro vorgesehen. „Mit Fortsetzung dieser Verschuldungspolitik richten SPD und Grüne weiter Schaden in unserem Land an“, warnt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Engel.

Engel schlägt ein Pilotprojekt vor, bei dem ausgewählte Städte und Gemein-

den mit finanzieller Unterstützung des Landes ihren individuellen „Masterplan Kommunal Finanzen“ aufstellen und Konsolidierungsprojekte mit langfristiger Entlastungswirkung durchführen. Engel: „Der Mentalitätswechsel weg von der Verschuldungspolitik hin zur Haushaltskonsolidierung ist längst überfällig. Dabei kann das Land helfen.“ So sollten die Potenziale interkommunaler Zusammenarbeit erkannt und genutzt werden. „Kein Amt kann ausgeklammert werden.“ Vielfach fehlten aber die Finanzen, um solche „Sparinvestitionen“ in die Wege zu leiten. Deshalb soll das Land mit Projektmitteln gezielt unterstützen. Für erfolgreich abgeschlossene Projekte, sogenannte „Meilensteine“, sieht das FDP-Konzept ergänzend Landesmittel zur Schuldentilgung vor. „Auf diese Weise können die Kommunen nachhaltige Strukturveränderungen in die Wege leiten und gleichzeitig ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückerlangen.“

Ein Aufschwung – zwei Folgen



Im September wurden die Wachstumsprognosen für Deutschland kräftig nach oben geschraubt. Für das laufende Jahr erwartet etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine Steigerung des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 3,4 Prozent, etwa dreimal mehr als zu Jahresbeginn prognostiziert.

In Berlin und in Nordrhein-Westfalen führt die unerwartet schnelle Konjunkturerholung zu konträren Ergebnissen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt auf einen Kurs zur Stabilisierung der Staatsfinanzen und baut konsequent die Neuverschuldung ab. Mit ihrem Zukunftspaket will die christlich-liberale Koalition die Neuverschuldung bis 2014 um rund 80 Milliarden Euro senken. Durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung kann schon in diesem Jahr das Defizit um 25 Prozent gegenüber dem Haushaltsansatz verringert werden. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke, erklärt den Sparwillen der Koalition: „Der Konsolidierungskurs der Koalition ist ein Gebot der haushaltspolitischen Vernunft im Sinne des Generationenvertrages. Konsolidierungspolitik ist Zukunftspolitik. Es ist wie eine Medizin, die bitter schmeckt, aber am Ende ist man geheilt.“

Umgekehrt treibt die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen mit fast 9 Milliarden Euro die Neuverschuldung auf Rekordniveau. SPD und Grüne erhöhen die neuen Schulden um mehr als ein Drittel im Vergleich zum geplanten Etat der schwarz-gelben Vorgängerregierung. „Ein Schuldenwahnsinn“, so die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Angela Freimuth. „Die vorgelegten Pläne zur massiven Ausweitung der Neuverschuldung sind politisch falsch, im Interesse nachfolgender Generationen grob fahrlässig und zudem verfassungswidrig“, mahnt Freimuth. Auch FDP-Landeschef Andreas Pinkwart kritisiert den Kurs der Minderheitsregierung scharf und warnt: „Wenn schon in guten Zeiten über die Verhältnisse gelebt wird, werden uns in der nächsten Krise die Einschnitte doppelt hart treffen.“ Die Liberalen in NRW haben bereits eine Verfassungsklage gegen den rot-grünen Haushalt angekündigt.

Foto: vario images

Freiheit ist ein hohes Gut, das geschützt werden muss. Ich bin auch ein sehr freiheitlich denkender Mensch, und deswegen bin ich heute hier“, sagt Marianne Pizzuto. Sie gehört zu den über 100 „Neuen Freunden für die Freiheit“, die aus allen Ecken von Nordrhein-Westfalen zum fünften Neumitglieder- und Interessentenkongress der FDP-NRW am 25. September zusammengekommen sind. „Viele Informationen, einen schönen Tag und den Landtag einmal von innen sehen“, formuliert die 25-jährige Germanistikstudentin ihre Erwartungen an das diesjährige Treffen im Düsseldorfer „Apollo-Varieté“.

Erst vor einem Monat hat Pizzuto ihre „persönliche Freiheitserklärung“ unterschrieben, ist aber jetzt schon Feuer und Flamme für die liberale Idee. Die Mitarbeit bei den Jungen Liberalen hat sie mit dem „liberalen Virus“ angesteckt. „Ich bin hier sehr glücklich“, sagt die Bochumerin strahlend und setzt ihren Rundgang durch den „Markt der Möglichkeiten“ im Foyer fort. Sie möchte auf jeden Fall noch mehr über die Arbeit der Liberalen Frauen NRW erfahren.

Am Stand der VLK trifft man Thony Restel, einen Reiseverkehrskaufmann aus Hagen. Seinen schwedischen Wurzeln verdankt der 44-Jährige nicht nur seine Statur, sondern auch die Verbundenheit mit dem

skandinavischen Land, wo er bereits Mitglied der liberalen Partei ist. Es war kein weiter Weg, dann auch der FDP beizutreten. Heute möchte er sein Netzwerk erweitern und vielleicht den einen oder anderen für die schwedischen Ideen liberaler Politik begeistern.

Langsam leert sich das scharlachrote Foyer, und der Saal füllt sich. Von ihrem Platz in der

zweiten Reihe blickt Marianne Pizzuto erwartungsvoll auf die Bühne. Nach der Begrüßung durch FDP-NRW-Generalsekretär Joachim Stamp richtet sich der Bundesgeneralsekretär Christian Lindner per Videobotschaft an die Neuliberalen und fordert sie auf, sich mit eigenen Ideen bei der Gestaltung des neuen Grundsatzprogramms einzubringen. „Die FDP ist nach wie vor gewollt, weil viele Men-

sch in NRW unser liberales Lebensgefühl teilen und erkennen, was mit einem Land geschieht, wenn die Liberalen nicht die Entscheidungsverantwortung tragen“, zeigt sich FDP-Landeschef Andreas Pinkwart kämpferisch und legt in seiner Rede den Fokus auf die Themen Bildung, Haushaltskonsolidierung und Integration. „Im Zusammenspiel von Bildung und Haushaltskonsolidierung sehen wir Liberalen nachdem die liberalen Vorfeldorganisationen ihre Arbeit ausführlich vorgestellt haben, berichtet in der Talkrunde „Berlin direkt“ die Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete und Vizelandesvorsitzende der FDP-NRW, Gisela Piltz, von der Arbeit der Koalition in Berlin. Eine Menge Informationen an diesem Tag, die auch eine Menge Erkenntnisse und Fragen mit sich bringen. Thony Restel ist fasziniert von der Vielfältigkeit des liberalen Netzwerkes und zeigt sich zuversichtlich: „Mit so viel Engagement kann die Partei auch künftig viele Stimmen und Neumitglieder gewinnen. Es freut mich, dass die

Neue Freunde für die Freiheit

Neumitglieder- und Interessentenkongress in Düsseldorf



den zentralen Schlüssel, um unser Land zukunftsfähig zu machen“, betont der FDP-Bundesvize.

JuLis bereits dreißig Jahre tätig sind. Da kann die Partei durchaus Nachwuchs rekrutieren und unentdeckte politische Talente fördern.“ „Eine tolle Erfahrung“, lautet auch die Bilanz der Bochumerin Marianne Pizzuto. Für die Neuliberalen ist der Tag aber noch lange nicht vorbei. „Jetzt geht es mit voller Kraft Richtung Landtag!“, sagt Thony Restel und eilt davon.

Neumitglieder des Monats



Mai 2010

Oumarou Sanda Awal:

Liberales Antworten auf die Globalisierung

Bei einer persönlichen Begegnung mit Andreas Pinkwart im Landtagswahlkampf ist der

35-jährige gebürtige Kameruner in die FDP eingetreten, weil sie „durch ihre glaubwürdige und praktische Politik meine Ideen und Vorstellung der Gesellschaft am besten ausdrückt“. Sein Interesse an der FDP habe sich während seiner Zeit als Stipendiat der Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung entwickelt und gelte insbesondere der Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik: „Als Einwanderer mit Erfahrung in unterschiedlichen Ländern interessieren mich vor allem die Antworten der FDP auf die Herausforderungen der Globalisierung.“



Juni 2010

Sandro Enrico Fiore Lombardo:

Staat ist kein Selbstzweck

Die Wahrung der Bürgerrechte und eine

„nachhaltige und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik“ anstelle „kurzfristiger Symptombekämpfung“ liegen dem angehenden Wirtschaftswissenschaftler am Herzen. „Die Freidemokraten sind die einzige Partei, die verstanden hat, dass der Staat kein Selbstzweck, sondern eine Organisationsform des Zusammenlebens freier und selbstbestimmter Menschen ist“, so der 22-jährige Student aus Wuppertal. Auch die liberale Bildungspolitik überzeugt den Neoliberalen, der den Erhalt der Gymnasien für wichtig und richtig hält.



Juli 2010

Tamer Kandemir:

Themenfokus erweitern

Der 36-jährige Speditionskaufmann wünscht sich künftig noch mehr Bürgerdialog und eine stärkere liberale Präsenz bei den Themen Integration, Umwelt- und Tierschutz: „Gerade in einer Zeit, in der Millionen Liter Öl in den Golf von Mexiko geflossen sind, ist das Thema Umweltschutz, besonders für die Jugend, extrem wichtig und darf nicht den Grünen überlassen werden.“ Mit seinem persönlichen Engagement beim Verband Demokratisch-Europäischer Muslime möchte der türkischstämmige Kerpener zeigen, dass der Islam und eine moderne europäische Identität keine Gegensätze sind.



August 2010

Hannah Morawietz:

Bildung, Bildung, Bildung

„In die FDP bin ich eingetreten, weil sie Politik für jeden einzelnen Menschen macht“, erklärt die 16-jährige Gymnasiastin aus Hagen. In den vergangenen Wahlkämpfen hatte die Elftklässlerin die Gespräche an den Infoständen der Parteien aufmerksam mitverfolgt und sich von den liberalen Ideen mitreißen lassen. Die Bildungspolitik liegt ihr besonders am Herzen. Sie will Morawietz aktiv mitgestalten und kann sich sogar eine künftige Politikkarriere vorstellen.

Voller Einsatz für Gesundheit

Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit, Daniel Bahr, durfte die Arbeit der DRK-Rettungswache Lüdinghausen hautnah erleben. Nach sieben Stunden und mehreren Notfalleinsätzen zeigte sich Bahr sehr beeindruckt von seinen „Kollegen“: „Die Rettungsassistenten übernehmen eine große Verantwortung, da sie oft die ersten Helfer vor Ort sind. Wir können immer noch froh und stolz sein, dass in Deutschland bei einem Unfall die Rettungskette meist lückenlos binnen Minuten in Gang kommt.“



„Wir können immer noch froh und stolz sein, dass in Deutschland bei einem Unfall die Rettungskette meist lückenlos binnen Minuten in Gang kommt.“

Bürgertaler für besondere Verdienste

Dr. Claus Stauder und Rainer Grebert erhalten in diesem Jahr den Essener Bürgertaler. Seit 1979 vergibt die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen die Auszeichnung an Bürgerinnen und Bürger, die wegen besonderer Initiativen oder persönlichen Einsatzes für einzelne Personen oder das Ansehen der Stadt Anerkennung verdienen. Dr. Stauder war u. a. lange Jahre Vorstandsmitglied

des ETUF Essen und gehörte ab 1975 dem Präsidium des DTB an. Rainer Grebert engagierte sich seit Langem für den Behindertensport.



Aus echtem Gold – der Essener Bürgertaler

Die VLK in NRW stellt sich vor

Lernen Sie die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in NRW neu kennen. Unter <http://www.youtube.com/user/VLKNRW> stehen interessante Videos für Sie bereit: Neben einem Imagefilm finden Sie hier einen Beitrag über die VLK-Seminarreihe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Klicken Sie rein!

Die VLK hilft seit über dreißig Jahren dabei, die Arbeit der liberalen Kommunalpolitiker in den Städten und Gemeinden zu koordinieren und den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ratsmitgliedern zu unterstützen.



Blick hinter die Kulissen der FDP-Fraktion

Die FDP-Landtagsfraktion hat im Herbst ihren traditionellen Tag der offenen Tür veranstaltet. 140 interessierte Bürger waren der Einladung gefolgt und erhielten einen umfassenden Einblick in die Arbeit der FDP im Düsseldorfer Landtag. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke begrüßte die Gäste, die im Plenarsaal an den Tischen der Abgeordneten Platz nehmen konnten. Er rief die Gäste dazu auf, sich aktiv an der politischen Gestaltung unseres Landes zu beteiligen. Papke unterstrich: „Wir zählen auf Sie und freuen uns auf Ihre Ideen.“ Weitere Fotos finden Sie in der Bildergalerie auf unserer Homepage: www.fdp-fraktion-nrw.de



Stefan Romberg, Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Alkoholsucht: Prävention stärken

Die FDP-Fraktion fordert intensivere Anstrengungen der Landesregierung gegen Alkoholmissbrauch. Allein im Jahr 2008 waren in NRW-Kliniken mehr als 75 000 Menschen wegen übermäßigen Alkoholkonsums in Behandlung. „Die Gesundheitsministerin muss einen neuen Krankenhausplan aufstellen und wohnortnahe multiprofessionelle Behandlungszentren für alkoholbedingte Störungen einrichten“, betont FDP-Gesundheitsexperte Stefan Romberg. Um die hohe Zahl der alkoholbedingten Behandlungen zu senken, müsse neben einer stärkeren Ausrichtung auf jugend- und seniorenspezifische Bedarfe in Suchtberatungen die Frühintervention in Hausarztpraxen und an Allgemeinkrankenhäusern ausgebaut werden. Nach Ansicht von Romberg muss die Landesregierung neben vollstationären qualifizierten Entzugsbehandlungen auch tagesklinische Angebote ausbauen. Romberg: „Damit kann im direkten Lebensumfeld der Betroffenen eine nachhaltige Therapie durchgeführt werden.“



Dietmar Brockes, Sprecher für Wirtschaft stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Bettensteuer schadet dem Tourismusstandort NRW

Die FDP-Fraktion lehnt die Einführung der von Rot-Grün genehmigten landesweiten Bettensteuer in den NRW-Kommunen strikt ab. „Eine neue Steuer auf Übernachtungen belastet Bürger und Betriebe. Sie wird verheerende Folgen für den Tourismusstandort Nordrhein-Westfalen haben“, sagt Dietmar Brockes, wirtschaftspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. Als Folge drohe der Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Gastgewerbe. Zudem ist fragwürdig, ob die Bettensteuer rechtmäßig ist. Mehrere Gutachten haben daran massive Zweifel. Und selbst innerhalb der Landesregierung wird die Verfassungsmäßigkeit der neuen Steuer in Frage gestellt. „Dennoch hat sie der Finanzminister landesweit zugelassen.“ Städte und Gemeinden würden von der Regierung sehenden Auges in eine kostspielige Prozesslawine getrieben. „Das ist unverantwortlich von Rot-Grün.“



Christof Rasche, Sprecher für Verkehr, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Stillstand in der Verkehrspolitik

„Die Verkehrspolitik von Rot-Grün wird Arbeitsplätze kosten und Staus verursachen“, so lautet die Prognose von FDP-Vizefraktionschef Christof Rasche. Der FDP-Verkehrsexperte befürchtet, dass die Grünen mit ihrer ideologischen Blockadepolitik dem Land erheblichen Schaden zufügen. Bereits jetzt stehe der Bau von Entlastungsstraßen für zahlreiche Städte vor dem Aus. Denn nach den Plänen der Minderheitsregierung soll der Landesstraßenneubau komplett eingestellt werden. „Und der Stillstand für Ortsumgehungen aus dem Bundesverkehrswegeplan ist auch schon angekündigt“, kritisiert Rasche, der sich an die rot-grüne Regierungszeit zwischen 1995 und 2005 erinnert fühlt. Viele Autobahnen in NRW hätten ihre Kapazitätsgrenzen aber bereits erreicht. „Deshalb ist die rot-grüne Blockadepolitik eine enorme Gefahr für den Industriestandort NRW.“ Der unumstrittene Grundsatz, Arbeitsplätze und Wachstum gehören zwingend mit Infrastruktur und Logistik zusammen, werde von Rot-Grün mit Füßen getreten.



Petra Müller
MdB, Landesvorsitzende
der Liberalen
Frauen NRW

Neue Landesvorsitzende der Liberalen Frauen NRW

Auf ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung am 12. September haben die Liberalen Frauen NRW einen neuen Vorstand gewählt. Die Führung des Landesverbandes übernimmt künftig die Aachener Bundestagsabgeordnete Petra Müller. Die 50-jährige folgt auf die Gelsenkirchenerin Susanne Schaperdot, die vier Jahre das Amt innehatte. „Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit, die vor uns liegt, und danke schon im Voraus meinen zwei Stellvertreterinnen Martina Stenger aus Iserlohn und Kerstin Jensen aus Krefeld für ihre Unterstützung“, so Müller nach ihrer Wahl.



Bijan Djir-Sarai,
Mitglied im
Auswärtigen
Ausschuss des
Bundestages

NRW-Liberaler beim New Yorker Millenniumsgipfel

Anlässlich des Millenniumsgipfels zum Auftakt zur 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York hat der FDP-Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai an einer Delegationsreise des zuständigen Unterausschusses teilgenommen. Auf der Tagesordnung der sechstägigen Reise stand unter anderem die Diskussion mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den bisherigen Erfolgen der Millenniums-Entwicklungs-Ziele (MDGs). „Unsere Entwicklungshilfe muss ergebnisorientierter gestaltet werden. Als erfolgreiche Industrienation müssen wir uns unserer Verantwortung bewusst sein und mit gutem Beispiel und starker Entwicklungs- und Außenpolitik vorangehen“, betonte Djir-Sarai.



Gudrun Kopp,
Parlamentarische
Staatssekretärin
beim Bundesminister
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mehr Unterstützung für private Entwicklungshelfer

Auf Initiative der lippischen Bundestagsabgeordneten Gudrun Kopp fand am 27. September ein Treffen von nichtstaatlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit in Detmold statt. Ziel dieser Zusammenkunft war, den Ehrenamtlern praktische Hilfestellungen für ihre Arbeit vor Ort anzubieten. Zwei Dutzend Entwicklungshelfer aus der Region tauschten persönliche Erfahrungen aus und schilderten unter anderem, mit welchen Schwierigkeiten sie beim Transport von Hilfsgütern oder bei der Visa-Beschaffung zu kämpfen haben. Kopp versprach, sich für eine Lösung dieser Probleme einzusetzen, und kündigte ein nächstes Treffen für Januar 2011 an. Herausragende private Entwicklungsprojekte der Region Ostwestfalen-Lippe sollen außerdem ab dem nächsten Jahr prämiert werden.



Ingo Wolf,
Sprecher für
Sport der
FDP-Fraktion
im Landtag
Nordrhein-
Westfalen

Wolf: Sportförderung muss unverändert erfolgen

Ingo Wolf hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum staatlichen Glücksspielmonopol in Deutschland begrüßt. Das Gericht hatte die bisherige Regelung rechtlich beanstandet. „Der Bluff mit dem Staatsmonopol für Fußballwetten und Lotto zur Suchtprävention ist aufgefliegen“, erklärte Wolf. „Das Wettchaos in einer rechtlichen Grauzone zwischen halblegalen privaten und offensiv beworbenen staatlichen Anbietern muss in einem liberalisierten System ein Ende finden.“ Die Landesregierung habe nun dafür zu sorgen, dass die finanzielle Förderung des Sports aus den Wetteinnahmen in unveränderter Höhe erfolge.



Robert Orth,
Sprecher für
Recht der
FDP-Fraktion
im Landtag
Nordrhein-
Westfalen

Sicherheitsschleusen an Gefängnissen für alle einführen

Um die Gefängnisse in NRW sicherer zu machen, regt die FDP-Fraktion an, dass – wie an Flughäfen – jede Person beim Betreten einer Justizvollzugsanstalt eine Sicherheitsschleuse passieren muss. „An Flughäfen sind Sicherheitsschleusen eine Selbstverständlichkeit, in Gefängnissen müssen sie zügig für alle eingeführt werden“, erklärt FDP-Rechtsexperte Robert Orth. Die große Mehrheit der JVA-Bediensteten leiste hervorragende Arbeit. Verbrechen, bei denen Drogen oder Waffen eingeschmuggelt würden, seien Einzelfälle, gegen die konsequent vorgegangen werden müsse. „Sicherheitsschleusen schrecken ab. So könnten Verbrechen vermieden werden.“



Angela Freimuth,
Sprecherin für
Haushalt und
Finanzen
der FDP-Fraktion
im Landtag
Nordrhein-
Westfalen,
Landtagsvize-
präsidentin

Rekordneuverschuldung statt Schuldenbremse in NRW

„Schulden ziehen eines nach sich: neue Schulden“, betont FDP-Finanzexpertin Angela Freimuth. Mit der Schuldenbremse sei in Berlin ein effektives Instrument zur Bekämpfung der Staatsverschuldung in das Grundgesetz aufgenommen worden, das die FDP-Landtagsfraktion unterstütze. „Leider ist die Übernahme der Regeln in die nordrhein-westfälische Landesverfassung bislang am Widerstand von SPD und Grünen gescheitert.“ Und Rot-Grün zeigt bislang keinerlei Ambitionen, an dieser Haltung etwas zu ändern. Stattdessen plant die Minderheitsregierung eine Rekordneuverschuldung von 8,9 Milliarden Euro für das Jahr 2010.